

Liebe Leserinnen und Leser,

Donald Tusk hat sich neu erfunden und Polen ist zurück auf proeuropäischem Kurs!

Am 13. Dezember wurde der ehemalige EVP-Chef, EU-Ratspräsident und geschätzte Kollege im europäischen Parlament als polnischer Ministerpräsident vereidigt. Vorausgegangen war ein toller Wahlkampf, in dem Tusk im direkten Dialog mit seinen Wählerinnen und Wählern überzeugte. Er beweist: um Wähler zu mobilisieren, braucht es weder Populismus noch Polarisierung.



Nachdem die Regierungsbildung von Präsident Duda erst wochenlang herausgezögert wurde, ist die Vereidigung von Donald Tusk ein gutes Zeichen. Ein Zeichen für Europa, in dem Tusk eine führende Rolle Polens anstrebt. Ein Zeichen für die Ukraine, die weiter auf eine verlässliche Unterstützung durch Polen hoffen darf. Ein Zeichen für europäische Werte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Wie es nicht geht, zeigt hingegen der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez. Dieser musste sich diese Woche im Plenum in Straßburg erklären. Denn die auslaufende spanische EU-Ratspräsidentschaft wurde überschattet von Sanchez' skrupellosem Machterhalt. Mit der Amnestie der rechtstaatlich verurteilten katalanischen Separatisten hat er die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung und das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig untergraben. Und zwar nicht nur in Spanien, sondern in ganz Europa.

Damit hat er Versprechen gebrochen, die er nur wenige Tage vor der Wahl zugesichert hatte. Das spanische Volk widerspricht dem zu Recht und protestiert weiter für die Rückkehr zu europäischen Werten. Pedro Sanchez kann sich bei Donald Tusk viel abgucken!

In dieser Straßburg-Woche standen neben dem Besuch von Pedro Sanchez auch andere spannende Themen auf der Tagesordnung: u.a. ein europäischer Gesundheitsdatenraum, kritische Rohstoffe und die Verleihung des Sacharow-Preises für gedankliche Freiheit. Viel Spaß beim Lesen!

Mit vorweihnachtlichen Grüßen,



Mein Europa

Wahl von Donald Tusk ist Chance für Europa

Zur Wahl von Donald Tusk zum polnischen Ministerpräsidenten erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:
"Herzliche Gratulation an Donald Tusk. Dies ist ein guter Tag für Europa. Endlich erhält Polen wieder eine pragmatische, pro-europäische Regierung. Für Europa ergeben sich daraus neue Chancen, denn damit stehen in Polen, Frankreich und Deutschland Vertreter der drei großen Fraktionen im Europaparlament an der Regierungs- bzw. Staatsspitze. Die Bundesregierung darf keine Zeit verstreichen lassen, nun das Weimarer Dreieck endlich mit neuem Leben zu füllen. Gemeinsam wäre jetzt der Moment, Europa voranzubringen. Die immerwährende Selbstbeschäftigung in Berlin und die Europaignoranz des Bundeskanzlers lassen jedoch nicht hoffen, dass dieser Moment von der Bundesregierung wirklich als Chance begriffen wird."

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament:
"Ich gratuliere Donald Tusk ganz herzlich zu seiner Wahl. Wir freuen uns, endlich wieder eine konstruktive und europafreundliche Regierung in Warschau zu haben. Damit können auch die offiziellen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen endlich wieder so vernünftig und freundschaftlich werden, wie sie zwischen unseren beiden Völkern ohnehin sind. Für Europa erwarte ich gerade in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik neue Akzente. Diesen Bereich hat die Bundesregierung in ihrer Nabelschau bislang gefährlich vernachlässigt. Für die Ukraine ist es deshalb eine gute Nachricht, dass in Warschau wieder eine verlässliche Regierung das Ruder übernimmt. Polen kehrt mit dem heutigen Tag als ernstzunehmender Partner auf die europäische Bühne zurück."

Europäisches Parlament verleiht Sacharow-Preis für gedankliche Freiheit an iranische Frauenbewegung

Mit der Verleihung des Sacharow-Preises an Jina Mahsa Amini und die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ verdeutlichen wir als Europäisches Parlament unsere Unterstützung und Solidarität für die friedlichen Bemühungen der Iraner im Streben nach Menschenrechten und Freiheit. Sie haben das uneingeschränkte Recht, in einem freien, stabilen und demokratischen Land zu leben. Iranische Frauen und Menschenrechtsverteidiger, die trotz der Schwierigkeiten und persönlichen Repressionen, mit denen sie konfrontiert sind, ihre Aktivitäten fortsetzen, haben unsere volle Unterstützung.

Die Brutalität, mit der das Regime im Iran gegen seine Gegner vorgeht, ist zutiefst verabscheuungswürdig. Europa darf nicht müde werden, auf diese furchtbaren Missstände immer wieder hinzuweisen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen gegen ihren Willen gezwungen werden, einen Schleier zu tragen, aus Angst vor gewaltsamen Repressalien oder sogar dem Tod.

Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, erklärt:

"Wir senden den mutigen Frauen und der gesamten iranischen Zivilgesellschaft mit der Verleihung dieses Preises ein deutliches Signal der Solidarität. Im Iran herrscht ein repressives System, das insbesondere Frauen im Alltag sowie in Staat und Gesellschaft systematisch diskriminiert. Sichtbares Symbol des Herrschaftsanspruchs ist der Zwang zum Kopftuchtragen, dem sich mehr und mehr Frauen widersetzen. Die Repression nach innen wird ergänzt durch die Unterstützung von Terrorstrukturen im Ausland und der Lieferung von Waffen für Russlands Krieg gegen die Ukraine. Alles zusammen erfordert eine vollständige Isolierung und Sanktionierung des Regimes, auch um dadurch den mutigen Frauen von „Frau-Leben-Freiheit“ in ihrem gerechtfertigten Kampf beizustehen."

Hintergrund

Neben Jina Mahsa Amini, deren Nominierung von der EVP-Fraktion unterstützt worden war, waren außerdem nominiert: Vilma Núñez de Escorcia und Bischoff Rolando José Álvarez Lagos aus Nicaragua, sowie Justyna Wydrzyńska (Polen), Morena Herrera (El Salvador) und Colleen McNichols (USA) als Frauen, die für freie, sichere und legale Abtreibung kämpfen. Der Sacharow-Preis für gedankliche Freiheit ist mit 50.000 Euro dotiert und wurde der iranischen Freiheitskämpferin posthum am 12. Dezember in einer feierlichen Zeremonie von der Parlamentspräsidentin verliehen.

Endlich niedrigere Fleischhygienegebühren!

Die EU-Kommission gibt grünes Licht: Am 24. November hat die Kommission endlich die Reduzierung der Fleischhygienegebühren in Bayern beihilferechtlich genehmigt. Bereits im Juni 2023 hatte der bayerische Landtag den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Neuordnung der Fleischhygienegebühren beschlossen. Nun hat die EU-Kommission diesem zugestimmt.

Es beendet den Wettbewerbsnachteil und entlastet die kleinen Betriebe, die in geringer Stückzahl schlachten. So werden diese gerecht bzw. gleichbehandelt. Laut dem bayerischen Landwirtschaftsministerium profitieren 95 Prozent unserer bayerischen Schlachttstätten von dieser Regelung.

Mehr NGO-Transparenz

Der Haushaltskontrollausschuss des Europaparlaments hat am 14. Dezember über seinen Bericht zur Transparenz und Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem EU-Haushalt bekommen abgestimmt. Dazu erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter:

„Mit dem heute vom Haushaltskontrollausschuss angenommenen Bericht hat das Europäische Parlament einen weiteren Beitrag zur Verhinderung künftiger Bestechungsskandale geleistet. Das korrupte Verhalten einzelner Abgeordneter war durch unklare Transparenzvorgaben für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und deren verdeckte Finanzierung durch Marokko und Katar erleichtert worden. Heute nun hat der Ausschuss beschlossen, dass alle von der EU geförderten NGOs künftig eindeutig die Verwendung ihrer Gelder und die Herkunft ihrer Finanzierung veröffentlichen müssen.“

Leider hat der Ausschuss meine wichtige Forderung nach einer europäischen NGO Regulierung heute abgelehnt, und auch weitere Forderungen wie zum Beispiel nach der Veröffentlichung von Lobbymeetings von europäisch finanziell geförderten NGOs wurden nicht berücksichtigt. Dies offenbart abermals die Doppelmoral der linken Fraktionen: dieselben Maßstäbe, die für Abgeordnete und Interessensvertretungen der Wirtschaft gelten, werden bei NGOs ignoriert.

Zustimmen konnten die linken Fraktionen lediglich Kompromissen zu allgemein verstärkter Transparenz für NGOs, und dass diese sich vor dem Empfang von EU Geldern zu den europäischen Werten und Prinzipien bekennen müssen. Ich hoffe sehr, dass wir das heutige Ergebnis im Plenum noch korrigieren können und dass die linke Seite noch einlenkt. Transparenz muss für alle gleich gelten.“

Europäischer Gesundheitsdatenraum für bessere medizinische Behandlung und mehr Forschung

Das Europäische Parlament hat sich am 13. Dezember zur Verordnung für einen Europäischen Gesundheitsdatenraum positioniert. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Eurogruppe im Europaparlament:

„Diese Verordnung wird einen riesigen Nutzen für Patientinnen und Patienten bringen. Erstmals werden die eigenen Gesundheitsdaten sofort und kostenlos über das Smartphone oder die elektronische Gesundheitskarte zugänglich. Mit der neuen digitalen Patientenakte werden Arztbesuche in anderen Mitgliedstaaten problemlos möglich. Wer schon einmal einen medizinischen Notfall im Ausland hatte, weiß, wie schwierig es ist, den behandelnden Mediziner über Vorerkrankungen, Medikamente oder Allergien zu informieren. Mit der digitalen Patientenakte können Medikationspläne, medizinische Bilder oder Laborergebnisse einfach mit Ärzten geteilt werden. Das ist ein echter Quantensprung für Patientinnen und Patienten. Patientinnen und Patienten werden selbst entscheiden können, wer auf ihre Gesundheitsdaten zugreifen darf, was er sehen soll und welche Daten verborgen bleiben.“

Peter Liese (CDU), gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die Entscheidung ist auch sehr wichtig für Wissenschaftler, die Patienten helfen wollen, denen wir bisher nicht ausreichend helfen konnten, zum Beispiel Krebspatienten. In anonymisierter Form, das heißt ohne Rückverfolgbarkeit zu einem speziellen Patienten, werden sie die Daten nutzen können, wenn die Bürgerinnen und Bürger dem nicht widersprechen. Krebsforscher aus ganz Europa haben verzweifelt auf diesen Beschluss gewartet. Es kann nicht sein, dass die Durchführung klinischer Studien zur Verbesserung der Heilungschancen von Krebspatienten an Hürden des Datenaustauschs scheitert. Es ist höchste Zeit, dass Europa auch im Medizinbereich weiter zusammenwächst.“

Hintergrund:

Der Vorschlag zum Europäischen Gesundheitsdatenraum war bereits Bestandteil des Aktionsplans Krebs, den die Europäische Kommission im Jahr 2021 vorgelegt hat. Im Mai 2022 veröffentlichte die Kommission dann ihren Verordnungsvorschlag. Vereinbart wurde im

Parlament nun, dass Patienten, die nicht wollen, dass ihre Daten zu Forschungszwecken genutzt werden, dem widersprechen können.

Europäisches Migrationspaket soll vor Weihnachten abgeschlossen werden

Vertreter von Europaparlament, Rat und EU-Kommission haben am 08. Dezember keine politische Einigung zum Migrationspakt gefunden. Dazu erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Wir sind in den Verhandlungen um eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, das Ordnung, Steuerung und Humanität verbindet, einen großen Schritt vorangekommen. Allerdings sind auch aus unserer Sicht entscheidende Punkte des künftigen Migrationspakts noch nicht umgesetzt. Daher ist es richtig, die kommende Woche noch einmal zur Reflektion zu nutzen.“

Als CDU/CSU werden wir keinem Pakt zustimmen, der nicht der Realität in und um die EU herum Rechnung trägt. Dazu gehören sowohl eine effiziente Grenzsicherung sowie funktionierende Solidarität im Inneren der EU. Insbesondere im Grenzverfahren sind Fairness und Effizienz wichtig, reine Formelkompromisse können nicht die Lösung sein. Unser Ziel muss sein, Schutzsuchende, Ersteinreiseland und Aufnahmegesellschaft möglichst schnell aus der rechtlichen Grauzone herauszuholen. Wir brauchen die frühestmögliche Unterscheidung zwischen Schutzberechtigung und Verteilung innerhalb der EU einerseits und der konsequenten Rückführung von der Außengrenze bei Nicht-Schutzberechtigung andererseits. Europa entscheidet, wer einreisen darf und sich innerhalb der EU aufhält, nicht Schlepper oder gar staatlich organisierte Schleuserbanden.

In diesem Sinne werden wir die Verhandlungen weiter konstruktiv gestalten. Das Ziel bleibt weiterhin der Abschluss vor Weihnachten. Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger Europas ist klar. Sie wollen ein geordnetes europäisches Asylmanagement, das Schutz bietet, aber auch einen realistischen Blick auf Kapazitäten hat und Sicherheit gewährleistet.“

EVP kämpft für praxisnahe, unbürokratische und europaweite Führerscheinregelungen

Mobilität bedeutet Lebensqualität. Momentan diskutiert das europäische Parlament über die europaweite Führerschein-Richtlinie. Für die EVP ist klar: wir dürfen Altersdiskriminierung nicht zulassen, egal ob gegen Senioren oder gegen Jugendliche. Denn genau diese Gruppen sind oft am meisten auf das Auto angewiesen. Hier ein Überblick über die aktuelle Debatte und die Erfolge der EVP.

Die EVP spricht sich für kluge Lösungen statt grüne Verbotspolitik aus. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission wurde von der zuständigen Berichterstatterin Karima Delli von den Grünen in eine Kampfansage gegen Autofahrer umformuliert. In ihrem Entwurf der überarbeiteten Führerschein-Richtlinie für den Verkehrs- und Tourismusausschuss TRAN hatte diese teils absurde Mindeststandards und Vorgaben gefordert, die die EVP nicht unterstützt.

Unter anderem sah Delli vor, ab einem Fahreralter von 70 Jahren die Gültigkeit von Führerscheinen auf 5 Jahre zu limitieren. Damit nähmen wir Senioren viel Flexibilität und Freiheit. Zudem sollte die Führerscheinklasse B in die Klassen B und B+ unterteilt werden, wobei B+ notwendig wäre, um Fahrzeuge zwischen 1,8 und 4,25 Tonnen zu fahren und kleine Anhänger bis 750 kg mitzuführen. Für die Führerscheinklasse B sollte, wenn es nach Karima Delli ginge, eine Höchstgeschwindigkeit von 110 km/h gelten.

Des Weiteren war von ihr vorgesehen, Begleitetes Fahren ab 17 Jahren abzuschaffen. Für Fahranfänger würde ein generelles Nachtfahrverbot und eine Maximalgeschwindigkeit von 90 km/h gelten. Wollen wir für sichere Straßen sorgen, indem wir Fahranfängern die Chance zum verantwortungsvollen Üben nehmen? Diese Vorschläge sorgen für das Gegenteil von Sicherheit im Straßenverkehr.

Die EVP konnte verhindern, dass diese grotesken, ideologischen Ideen in den Bericht des TRAN aufgenommen werden. Die 15-jährige Gültigkeit von Führerscheinen bleibt für alle Altersgruppen erhalten. Statt einer Abschaffung des Begleiteten Fahrens ab 17 Jahren wird dieses europaweit eingeführt und anerkannt, das dafür erforderliche Alter kann von den einzelnen Mitgliedsstaaten auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Genauso haben Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, das Mindestalter für den Vollerwerb der Führerscheinkategorie B auf 17 Jahre zu senken.

Es ist uns also gelungen, eigene Ideen erfolgreich in die nun verfasste Position des Verkehrsausschusses einzubringen.

Beispielsweise wird die Definition von „Fahrzeugen mit alternativen Kraftstoffen“ technologieneutral gestaltet. Parallel dazu erhöhen wir das zulässige Gesamtgewicht solcher Fahrzeuge auf 4,25 Tonnen. Dies ist für eine nachhaltige Mobilitätswende absolut notwendig, da Elektromotoren schlicht schwerer sind als Verbrennermotoren.

Auch soll es zukünftig möglich sein, zwei Jahre nach Erwerb der Führerscheinklasse B Krankenwagen und Wohnmobile bis 4,25 t zu fahren, unabhängig vom Antrieb. Den Mitgliedsstaaten steht es offen, das zulässige Gesamtgewicht mit und ohne Anhänger zu erhöhen.

Außerdem haben wir eine gute Nachricht für Landwirte in Grenzregionen: in den nächsten Jahren soll die europäische Führerscheinklasse T (Traktor) eingeführt werden. Diese Führerscheine sollen grenzüberschreitend akzeptiert werden, sodass Landwirte ihre Fahrzeuge und Maschinen künftig problemlos im Nachbarland führen dürfen. Dies war bisher nicht der Fall und hatte viele Probleme in den entsprechenden Regionen ausgelöst.

Wir schaffen zudem die Option, Haltern des Traktor-Führerscheins nach zwei Jahren die Klasse BE ohne zusätzliche theoretische, sehr wohl aber nach erfolgreicher praktischer Prüfung zu erteilen.

Leider gab es keine Mehrheit für eine vernünftige Ausgestaltung der Vorgaben für **obligatorische ärztliche Untersuchungen bei Beantragung und Erneuerung von Führerscheinen** und die **Einführung von Punktesystemen in allen Mitgliedstaaten** bzw. die europäische Angleichung solcher Systeme. Hier hat sich eine Mehrheit von Grünen, Linken und Extremrechten durchgesetzt.

Als Europäische Volkspartei tragen wir solche bürokratischen Vorschläge nicht mit. Wir werden die am 07. Dezember angenommenen Vorschläge im TRAN für Vereinfachungen und mehr Praxistauglichkeit verteidigen und unnötige Bürokratie streichen.

Das Europäische Parlament befasst sich voraussichtlich im Januar oder Februar im Plenum mit dem Dossier. Danach beginnen die Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament. Auch hier werden wir als EVP noch weitere Erfolge gegen diese absurde Autofeindseligkeit erzielen.

Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, erklärt zur Abstimmung des Verkehrsausschusses (TRAN):

„Heute gab es die Chance für die kommenden Jahre, praxistaugliche und unbürokratische Regeln für Millionen Fahrerinnen und Fahrer voranzubringen. Als EVP hatten wir dafür klare Vorstellungen: die europaweite Anerkennung des deutschen Erfolgsmodells „Begleitetes Fahren“, die grenzüberschreitende Anerkennung von Traktorführerscheinen und die damit verbundene Möglichkeit zum automatischen Erwerb der Klasse BE und auch die Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts für die Klasse B.

Statt aber Bürokratie abzubauen und auf die Selbstverantwortung eines jeden Fahrers zu setzen, wollten Linke, Grüne und Extremrechte lieber alltagsfremde und bevormundende Regeln. In der heutigen Abstimmung konnten wir diesen irrsinnigen Vorschlägen einen Riegel vorschieben. Statt Nachtfahrverbote für Fahranfänger, Tempolimits durch die Hintertür oder SUV-Führerscheine, soll es nun Erleichterungen durch die europaweite Anerkennung von Traktorführerscheinen und des Begleiteten Fahrens geben. Damit werden endlich in der Realität nicht mehr existierende Grenzen auch bei den Führerscheinen abgebaut. Auch die vorgesehene Altersdiskriminierung konnte verhindert werden. Das sind große Erfolge, von denen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar profitieren können. Dennoch bleiben bedeutende Wehrmutstropfen: Verpflichtende medizinische Test für jeden und ein europaweites Punktesystem sind weiterhin vorgesehen. Diese unnötige Bürokratie leistet aber keinen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit. Daher haben wir den Vorschlag auch klar abgelehnt.

Der Versuch der Berichterstatterin, vom Ausschuss direkt in die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten zu starten, ist bedenklich. Statt allen Abgeordneten das Mitspracherecht einzuräumen, sollten die neuen Regeln schnell durch die Hintertür am Parlament vorbei durchgewunken werden. Dank des Widerstands mehrerer Fraktionen ist die Vorsitzende hier krachend gescheitert und sah sich gezwungen, die Abstimmung darüber zurückzuziehen. Als CDU/CSU-Gruppe werden wir in der Plenarsitzung im Januar unsere Vorschläge für Vereinfachungen und mehr Praxistauglichkeit verteidigen und unnötige Bürokratie streichen.“

Trilogieinigung zur Gebäudeenergieeffizienz

Am Abend des 07. Dezember haben sich die Unterhändler der Mitgliedstaaten und des Europaparlaments im Trilog auf die EU-Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie geeinigt. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Die große öffentliche Aufmerksamkeit hat dieser Richtlinie gutgetan. Das heutige Ergebnis ist besser als befürchtet. Durch die EU ausgelöste Zwangssanierungen drohen nun nicht mehr. Dennoch bleibt die Frage, ob diese Richtlinie überhaupt notwendig ist. Wir wollen und müssen den Gebäudebestand dekarbonisieren, aber genau dafür haben wir den europäischen Emissionshandel auf Gebäude ausgeweitet. Damit werden die Pariser Klimaziele

erreicht. Es bleibt deshalb fraglich, ob wir ein zusätzliches Instrument wie die Gebäude-Richtlinie überhaupt brauchen."

Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

„Durch erneute Bewegung im Rat und die Möglichkeit einer blockierenden Mindeheit, ist nur noch wenig bis gar keine europäische Verbindlichkeit mehr in der Richtlinie enthalten. Allerdings müssen wir uns die technischen Details der Einigung noch ganz genau anschauen. Denn die Richtlinie könnte in Deutschland immer noch zum Vorwand für Zwangssanierungen genommen werden, die man ideologisch schon immer wollte. Da müssen wir auch in Berlin ganz genau aufpassen. Die Brüsseler Richtlinie rechtfertigt eben keine Zwangssanierungen mehr. Den Zahn haben wir ihr gezogen.“

Normung von Bauprodukten soll einfacher und Baubranche digitaler werden

Heute Nachmittag haben sich die Unterhändler des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten und der Kommission im Trilog auf die Überarbeitung der Bauproduktenverordnung geeinigt.

Dazu erklärt **Christian Doleschal (CSU)**, Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

„Heute Nachmittag haben wir einen wichtigen Meilenstein zur Beschleunigung der Normung von Bauprodukten in Europa gelegt. Wir konnten uns auf ein umfangreiches Set neuer Regeln und Werkzeuge einigen, die den seit Jahren beherrschenden Rückstau in der Normung von Bauprodukten nun endlich auflösen. Klare Vorschriften zur Erstellung neuer Normen, der Kommunikation aller am Normungsprozess Beteiligten, sowie ein Arbeitsplan für die Kommission sollen dazu beitragen, dass Hersteller von Bauprodukten künftig schneller ein CE-Zeichen für Ihre Produkte erhalten und diese europaweit vermarkten können. Künftig sollen zudem sämtliche Produktinformationen und damit auch Informationen zu den umweltrelevanten Eigenschaften von Bauprodukten an einer Stelle, der kombinierten Leistungs- und Konformitätserklärung zu finden sein. Dies ist ein wichtiger Schritt, um auch in dieser Hinsicht den gemeinsamen Markt für Bauprodukte zu komplettieren und Anreize für Nachhaltigkeit im Baubereich zu setzen.“

Die heutige Einigung ist aber auch ein Meilenstein für die Digitalisierung der Baubranche. Ich freue mich sehr, dass es uns als Europäisches Parlament gelungen ist, diese Priorität durchzusetzen. Die Baubranche ist eine der am wenigsten digitalisierten Branche in Europa. Wir wollen das ändern! Künftig werden Produktinformationen über den sogenannten Digitalen Produktpass digitalbereitgestellt und können dann zum Beispiel auf der Baustelle direkt über ein Smartphone abgelesen werden. Damit kann der Inhalt der CE Kennzeichnung auf das Nötigste reduziert werden, da die weiteren Informationen jederzeit, Benutzer freundlich abrufbar sind. Die noch geltende Pflicht, die in der Leistungserklärung angegebenen Produktleistungen zusätzlich nochmals in der CE Kennzeichnung zu wiederholen, entfällt. Diese Pflicht, die heute schon für viele Produktgruppen kaum zu erfüllen ist. Mit der Überarbeitung der Bauproduktenverordnung wollen wir den bürokratischen Mehraufwand für Hersteller senken und nicht noch neue zusätzliche Vorschriften schaffen.“

Hintergrund:

Am 30. März 2022 hatte die EU-Kommission ihren Legislativvorschlag für eine überarbeitete Bauproduktenverordnung vorgelegt. Hauptziel der Bauproduktenverordnung ist es, EU-weit einheitliche Prüfstandards für Bauprodukte zu etablieren und einen einheitlichen Markt zu fördern. Sie ist eine der rechtlichen Grundlage für die CE-Kennzeichnung der Produkte und für die Leistungserklärungen der Hersteller. Am 11. Juli 2023 hatte das Europäische Parlament seine Positionierung vorgelegt. Nach fünfmonatigen Verhandlungen

haben die drei Gesetzgeber mit der politischen Einigung im Trilog-Verfahren den Weg für die finale Bestätigung und die Veröffentlichung der überarbeiteten Bauproduktenverordnung bis Beginn der Sommerpause, 2024, geebnet. Kern der Verordnung sind Regeln zur CE-Kennzeichnung, harmonisierte Test- und Prüfverfahren und Anforderungen an Bauprodukte, welche damit einfacher in die EU in Verkehr gebracht und anschließend auf dem EU-Binnenmarkt gehandelt werden können.

Neues KI-Gesetz - nun kommt es auf die Praxis an!

Zur Trilogieeinigung über das KI-Gesetz am 09. Dezember erklärt **Axel Voss (CDU)**, rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss für das Dossier:

„Die politische Einigung heute Nacht war ein wichtiger Schritt zur Fertigstellung des KI-Gesetzes, aber nicht der letzte Schritt. Die entscheidende Arbeit an den technischen Details wird fortgesetzt. Wir müssen sicherstellen, dass alles, was vereinbart wurde, in der Praxis funktioniert. Die Ideen des KI-Gesetzes werden nur dann umsetzbar sein, wenn wir Rechtssicherheit, harmonisierte Standards, klare Leitlinien und eine klare Durchsetzung haben.“

Als EVP-Fraktion haben wir dem KI-Gesetz eindeutig unseren Stempel aufgedrückt. Wir haben uns gegen eine Überregulierung und für viel mehr Flexibilität im Interesse der Innovation in Europa eingesetzt. Wir haben es geschafft, Reallabore einzubauen, wir schützen Start-ups und KMUs vor einer Überregulierung und es ist gelungen, absolute Verbote sowie die Hochrisiko-Einstufung von Anwendungen auf ein Minimum zu beschränken.

Wir haben versucht, das Beste aus einem untauglichen Ansatz zur KI-Regulierung in Europa zu machen. Dennoch bin ich immer noch nicht davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, um Europa im Bereich der KI wettbewerbsfähig zu machen. Innovation wird immer noch anderswo stattfinden. Hier haben wir als Europäische Union unsere Chance verpasst.“

Mehr Cybersicherheit für Europa

Am 07. Dezember hat sich der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie zum Cyber-solidaritätsgesetz ("Cyber Solidarity Act") positioniert. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

"Cybersicherheit ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein hochpolitisches Thema. In welchem Umfang werden Informationen zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht? Welche Unternehmen sollten Cybersicherheitsdienste anbieten dürfen? Wollen - und können - wir dies auf europäische Unternehmen beschränken? Das vorgeschlagene Cyberschutzschild und die Cybersicherheitsreserve sind ein weiterer wichtiger Baustein für den Aufbau eines stärkeren Cybersicherheitsökosystems, das Anreize für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten schafft und die Resilienz der EU stärkt. Das Cyberschutzschild soll zu einem verstärkten Aufbau von Kapazitäten auf europäischer Ebene führen, ohne die bereits bestehenden Cybersicherheitsstrukturen im Bereich kompliziert zu gestalten.“

Ich begrüße die Schaffung einer Cybersicherheitsreserve, die die Fähigkeit der EU erhöhen würde, auf Cyberangriffe zu reagieren, wenn die angegriffenen Einrichtungen die Bedrohung nicht selbst eindämmen können. Es ist gut, dass das Parlament klargestellt hat, dass die Reserve nur aus vertrauenswürdigen Anbietern bestehen sollte, die nicht von Regierungen von Drittländern, die keine vertrauenswürdigen Partner sind, kontrolliert oder beeinflusst werden. Ich finde es jedoch problematisch, dass die Kommission vorgeschlagen hat, Mittel aus KI-Projekten und Kompetenzentwicklung umzuwidmen, um diese neuen Maßnahmen zu finanzieren. Wir müssen mehr in Fachkräfte im Cybersicherheitsbereich investieren und nicht weniger."

„Brotkorb der Welt“ muss funktionieren

Die Schwarzmeerroute muss endlich wieder funktionieren. Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Litauen und AgriFood Lithuania DIH haben mich kürzlich als Referentin zu ihrem jährlichen Forum eingeladen.

Die Referenten und Diskutanten haben mir deutlich gemacht: Ihre Solidarität gilt der Ukraine zu 100 Prozent. Denn die Länder im Baltikum haben viel mehr direkte Erfahrung mit den russischen Invasoren als wir.

Das Ernährungssicherheit vor allem eine Frage der armen Länder ist, ist unbestritten. Unsere Welt wächst jeden Monat um 9 Millionen Menschen. Und das Getreide aus der Ukraine, dem „Brotkorb der Welt“, war in der Vergangenheit fast ausschließlich für die ärmsten der Armen bestimmt.

Leider kommt dieses Getreide inzwischen in Polen oder Rumänien an, wo es definitiv nicht gebraucht wird, weil es die Marktpreise drückt. Noch immer gibt es keine vernünftigen Lösungen um das Getreide ans ursprüngliche Ziel zu bringen. Deshalb ist es schwierig den Kollegen im Baltikum zu erklären, wie wichtig einerseits Solidarität ist, aber wir andererseits auch alles tun müssen, dass unsere Märkte in Europa nicht mit zusätzlichen Nahrungs- oder Futtermitteln belastet werden, die sie in der Vergangenheit so nicht gebraucht oder angefordert hatten.

Zum Brotkorb: wir brauchen einen Mechanismus, der diese Einfuhren nach Europa in Drittländer lenkt, wenn eine bestimmte Schwelle erreicht ist.

In diesem Sinne haben wir alle Hände voll zu tun, damit der Weg über die Schwarzmeerroute wieder funktioniert und Putin mit seinem verbrecherischen und menschenverachtenden Handeln gestoppt wird. Denn auch hier hat er seine Finger im Spiel!

Trilogeinigung zum europäischen Lieferkettengesetz

Zur Trilogeinigung über ein europäisches Lieferkettengesetz erklären

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

"Wenn wir unsere europäischen Unternehmen dazu nötigen, sich in vielen Fällen, beispielsweise aus Afrika zurückzuziehen, dann werden chinesische Firmen in dieses Vakuum vorstoßen und die Lebenssituation der Menschen sicherlich nicht verbessern. Auch der Weltmarkt wird davon nicht profitieren. Die EU sollte in herausfordernden Zeiten wie diesen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen stärken. Leider trägt das Lieferkettengesetz, wie es sich jetzt abzeichnet, nicht dazu bei."

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Das europäische Lieferkettengesetz wird anscheinend in mehreren zentralen Punkten über das deutsche Lieferkettengesetz hinausgehen. Ich befürchte, dass die neuen Vorgaben zu weiteren Auflagen und großen bürokratischen Belastungen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen führen werden. Das Gesetz wird so nicht dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in Europa zu stärken, im Gegenteil. Es kommt zu einer Zeit in der die Betriebe ohnehin durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und Engpässe in den Lieferketten belastet sind. Zudem ist fraglich, ob der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt durch dieses Gesetz tatsächlich weltweit stärker durchgesetzt wird. Unternehmen könnten sich aufgrund der Vorlagen auch aus Entwicklungsländern zurückziehen. Wenn Unternehmen aus anderen Ländern, wie beispielsweise China, diese Lücken füllen, wäre am Ende niemandem geholfen."

10 Milliarden Euro für Orbán - eine falsche Entscheidung!

Zur Entscheidung der EU-Kommission, zehn Milliarden Euro an eingefrorenen EU-Geldern für Ungarn freizugeben, erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments:

"Das ist simpel gesagt, die falsche Entscheidung. Die Kommission hätte die Gelder zu keinem schlechteren Zeitpunkt freigeben können. Während Orbán die Staats- und Regierungschefs erpresst, muss die EU dafür auch noch bezahlen. Auch wenn es vom rechtlichen Prozess her laut Kommission angeblich keine andere Möglichkeit gegeben hat, bleiben aus meiner Sicht starke, auch rechtliche Zweifel bestehen."

Es muss allen klar sein, dass das Geld nur in den Händen von Fidesz-Leuten und regierungstreuen Oligarchen landet. Oppositionspolitiker, NGOs und Gemeinden, die sich Orbán in den Weg stellen, haben null Chancen sich auf diese EU-Gelder zu bewerben. Wer sein Recht einfordert, ist mit politisch eingefärbten Gerichten oder Übernacht-Dekreten konfrontiert, die jedes Urteil ad absurdum führen. Wie das mit dem Konzept einer unabhängigen Justiz zu vereinbaren ist, kann niemand mehr verstehen."

Europäischer Gerichtshof wird bürgernaher

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wird transparenter, effizienter und moderner. Dies ist das Ergebnis der politischen Einigung über die Statut-Reform des EuGHs, die Vertreter aus Europaparlament und Mitgliedstaaten am 07. Dezember vereinbart haben. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatterin der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Wir haben Europas oberstes Gericht heute an den Wandel der Zeit angepasst. Das neue Dialogformat zwischen dem Europäischen Parlament und dem EuGH setzt den Grundstein für die weitere Fortentwicklung dieser wichtigen Institution. Die Urteile des EuGHs als höchstes Rechtssprechungsorgan in der EU sind im Prozess der europäischen Integration

von größter Bedeutung. Es ist nur richtig, dass Bürgerinnen und Bürger nun noch mehr daran teilhaben können.“

Die heutige Einigung ist ein wichtiges Signal und ein Gewinn auf ganzer Linie für Bürgerinnen und Bürger in der EU.“

Hintergrund:

Der EuGH wird künftig nach Abschluss eines jeden Vorabentscheidungsverfahrens Schriftsätze und schriftliche Erklärungen automatisiert auf seiner Webseite zur Verfügung stellen und diese somit für Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. Außerdem wird ein regelmäßiger, strukturierter Dialog zwischen dem EuGH und dem Europäischen Parlament geführt werden, in dem mögliche weitere Reformen des europäischen Justizwesens diskutiert werden können. Diese Maßnahmen sollen die Transparenz und Zugänglichkeit der europäischen Rechtsprechung für Bürgerinnen und Bürger fördern. Im überarbeiteten Statut des Gerichtshofs der Europäischen Union wird auch festgehalten, dass Bürgerinnen und Bürger das Grundrecht auf ein unabhängiges, unparteiisches und faires Verfahren haben, das öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird. Im nächsten Schritt muss die heutige Einigung vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten noch abschließend bestätigt werden.

Lernen aus der Pandemie: EVP setzt sich weiter für Binnenmarkt-Notfallinstrument ein statt für nationale Privilegien!

Vertreter von Europaparlament, Rat und EU-Kommission haben am 08. Dezember keine politische Einigung zum Binnenmarkt-Notfallinstrument gefunden. Dazu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter für das Dossier:

„Der Rat hat sich leider geweigert, die Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Die Mitgliedstaaten riskieren, die während der COVID-19-Krise begangenen Fehler zu wiederholen, indem sie verhindern, dass Krankenschwestern, Techniker für Beatmungsgeräte oder sogar Spezialisten für Kernkraftwerke im Falle einer künftigen Krise die Grenze passieren können. Solange den Mitgliedstaaten ihre Privilegien wichtiger sind als die Sicherheitsversorgung ihrer Bürger, wird dieser Vorschlag scheitern. Hier werden wir als Parlament keine Kompromisse machen.“

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat im vergangenen September das "Notfallinstrument für den Binnenmarkt" (SMEI - Single Market Emergency Instrument) vorgestellt. Es soll die Funktionsweise des Binnenmarktes auch in Krisensituation gewährleisten und europäische Lieferketten krisenfest machen. Der Vorschlag enthält präventive Maßnahmen sowie notwendige Handlungsermächtigungen für die EU-Kommission, sobald der Krisenmodus aktiviert werden würde. Gleichzeitig sollen an den Grenzen für krisen-relevante Arbeitnehmer und Dienstleister sog. Schnellspuren eingerichtet werden, die das Passieren der Grenze per QR-Code ermöglichen würden. Hierzu hat das Europäische Parlament die EU-Kommission aufgefordert, bereits jetzt einheitliche digitale Formulare für die Anmeldung und Registrierung von entsendeten Arbeitnehmern vorzubereiten, die im Rahmen der nächsten Krise verwendet werden könnten. Die Mitgliedsstaaten sehen das kritisch und halten an ihren nationalen Registrierungsverfahren fest.

EU-Corona-Wiederaufbaufond: viel Potenzial in Deutschland bisher ungenutzt

Auf Einladung der EVP-Fraktion hat am 24. November eine hochrangige Konferenz zum Einsatz von EU-Fördermitteln in Leipzig getagt. Die Konferenz dreht sich insbesondere um den Einsatz der Mittel der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität, besser bekannt als "EU-Corona-Wiederaufbaufonds" in Deutschland. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass gerade für Deutschland ungenutztes Potential in diesem Fonds liegt. Dazu erklären:

Marion Walsmann (CDU), stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

"Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar, dass alle ungenutzten Finanzmittel verwendet werden müssen. Es ist unbegreiflich, dass die deutsche Bundesregierung bislang nur einen Bruchteil der fast 28 Milliarden Euro, die Deutschland aus dem EU-Corona-Wiederaufbaufonds zustehen, abgerufen hat. Unsere Diskussionen mit Bürgermeistern und Landespolitikern haben gezeigt, dass es mehr als genug sinnvolle und zukunftsorientierte Projekte und Einsatzmöglichkeiten gäbe, der Fonds aber bislang dort kaum bekannt ist. Statt die Aufweichung der Schuldenbremse zu betreiben muss die Ampel-Regierung die EU-Corona-Fonds-Mittel endlich nutzen. Es gibt in Europa viele gute Beispiele, wie auch die lokale und regionale Ebene dabei eingebunden werden können. Vor Ort wird jede Unterstützung dringend gebraucht."

Siegfried Mureşan (Partidul Naţional Liberal, Rumänien), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament:

"Würde Deutschland die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität endlich abrufen, könnten diese eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands spielen. Die Kombination aus Reformen und Anreizen der Aufbau- und Resilienzfazilität ist ein gelungenes Beispiel für EU-Förderung. Wir mussten in Leipzig leider feststellen, dass dies in Deutschland kaum bekannt ist. Von inzwischen fast 28 Milliarden Euro sind bislang nur 2,25 Milliarden Euro abgerufen, sowie weitere knapp 4 Milliarden beantragt. Dieser geringe Mittelabfluss ist im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten schwach. Die Unterstützung könnte u.a. für erneuerbare Energien und digitale Infrastrukturen fließen, um Deutschlands Klimaziele zu erreichen und den digitalen Wandel zu bewältigen. Die EVP-Fraktion wird sich weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Mittel ihren Zweck erfüllen können."

Hintergrund:

Am 24. November hat die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eine hochrangige Konferenz zum Einsatz von EU-Fördermitteln in Leipzig veranstaltet. Unter dem Motto "Road to Recovery" hatte die Veranstaltung bereits in ähnlicher Form u.a. in Lissabon, Warschau und Zagreb stattgefunden. Ziel war es, den Austausch der verschiedenen Verwaltungsebenen über die von der EU zur Verfügung gestellten Finanzmittel der sogenannten "Aufbau- und Resilienzfazilität", besser bekannt als "EU-Corona-Wiederaufbaufonds", zu verbessern. Neben zahlreichen Bürgermeistern und Kommunalvertretern nahmen u.a. EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn, der Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, Sven Schulze (CDU), sowie der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und Chef der Sächsischen Staatskanzlei, Oliver Schenk (CDU) teil. In zwei Panels diskutierten Verantwortliche der kommunalen und der Landesebene. Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie [hier](#).

Critical Raw Materials Act: weniger Abhängigkeiten, mehr Diversifizierung

Das Europäische Parlament hat am 12. Dezember über das Europäische Rohstoffgesetz ("European Critical Raw Materials Act") abgestimmt. Dazu erklärt **Hildegard Bentele (CDU)**, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Berichterstatterin der EVP-Fraktion für das Rohstoffgesetz:

"Wir haben das Rohstoffgesetz in Rekordzeit verabschiedet, ohne Abstriche am Inhalt machen zu müssen. Unsere Kernpunkte sind in vollem Umfang berücksichtigt: schnellere Genehmigungsverfahren, straffere Verwaltungsprozesse und Flexibilität für schnelle Reaktionsfähigkeit bei drohenden Lieferengpässen. Mir persönlich war zudem Politikkohärenz ein besonderes Anliegen, denn unsere Bemühungen für strategische Projekte in Europa dürfen nicht an anderen EU Gesetzen scheitern. Ich bin zuversichtlich, dass das Trilogergesamt heute im Plenum von einer breiten Mehrheit getragen wird. Nun müssen wir alles daran setzen, dass wir möglichst schnell den Stempel auf die ersten Bewerbungen setzen können."

Die neue EU-Verordnung über kritische Rohstoffe ist ein wichtiger Schritt, um Europas Lieferketten dafür diverser, widerstandsfähiger und unabhängiger zu machen. Wir stärken damit unsere heimische Industrie und sichern Investitionen in die Zukunft, etwa in effizienteres Abfallmanagement für Rohstoffe. Indem wir den Bezug von Rohstoffen aus Drittländern deckeln, befreien wir uns aus der Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten. Wir setzen Ziele für die heimische Förderung und Verarbeitung und schreiben die Diversifizierung fest. Das Gesetz muss damit sowohl als Warnschuss an China als auch als Einladung für neue strategische Partnerschaften im Rohstoffbereich verstanden werden. Gut ist auch, dass die Kohärenz mit anderer Gesetzgebung fest verankert wurde. Die neue Verordnung ist ein fundamentaler Fortschritt zur besseren Sicherung der Grundlage unserer europäischen Industrie, insbesondere für die Zukunftstechnologien, die wir gezielt ausbauen wollen.

Hintergrund

Das Gesetz zu kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act) wurde am 12. Dezember final im Plenum des Europäischen Parlaments angenommen. Es sieht vor, dass bis 2030 mindestens 40% des Rohstoffverbrauchs in der EU erzeugt werden und der Anteil an Recycling auf 25% steigt. Zudem darf kein Drittstaat mehr als 65% des Rohstoffverbrauchs der EU decken. Mitgliedstaaten und Parlament hatten sich Anfang November im sog. Trilog

Einigung im EU-Gasmärkte- und Wasserstoffpaket erzielt

Am Abend des 28. November haben sich die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten auf den ersten der zwei Teile des EU-Gasmärkte- und Wasserstoffpaket geeinigt. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, industrie- und energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die EU wird ihre Klimaziele ohne Wasserstoff nicht erreichen. Das Gas- und Wasserstoffpaket ist ein entscheidendes Puzzlestück auf dem Weg dahin, denn notwendig ist vor allem die entsprechende Infrastruktur. Mit der Einigung auf die Gasmärkte-Richtlinie gestern Abend konnten wir einen Schritt zur Umsetzung der europäischen Klimagesetzgebung gehen, die aber gleichzeitig auch die Investitionssicherheit in Europa durch Verlangsamung und Zerstückelung des Energiebinnenmarktes gefährdet.“

Mit dem erzielten Kompromiss zwischen EU-Parlament und Mitgliedsstaaten konnten wir wenigstens in weiten Teilen ein weiteres grün-ideologisches Projekt der Kommission stoppen. So enthält der Text viele sinnvolle Anpassungen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag, etwa bei der gemeinsamen Netzplanung von Strom und Wasserstoff oder bei der Fokussierung auf schwer zu dekarbonisierende Sektoren wie Zement oder Stahl.

Diese Einigung hat aber auch Schwächen. Für uns als CDU/CSU-Gruppe war ganz besonders wichtig, dass Besitzer von Gasleitungen auch gleichzeitig in Wasserstoffleitungen investieren und diese betreiben dürfen. Dies schafft Anreize für die Umnutzung bestehender Gas- zu Wasserstoffpipelines, da die Netzbetreiber von ihren Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur profitieren werden. Die Möglichkeit, dass nun Mitgliedsstaaten einzeln überprüfen können, ob Gasübertragungsnetzbetreiber ihre Wasserstoffpipelines nach 2030 weiter behalten und betreiben dürfen, spielt dem grünen Wirtschaftsministerium und der Bundesregierung in ihrer radikalen Umwälzung der deutschen Industrie leider in die Hände. Die eingeführte Kosten-Nutzen-Rechnung und die angekündigte Überprüfung nach 7 Jahren verzögert Investitionsentscheidungen für Wasserstoff, erhöht die Wahrscheinlichkeit politischer Eingriffe in den Markt und zerstört deshalb die dringend benötigte langfristige Perspektive für Übertragungsnetzbetreiber und die energieintensive Industrie. Für den Klimaschutz könnte sich das als Pyrrhussieg entpuppen.

Leider ist diese Einigung auch kein Fortschritt bei der notwendigen Vereinheitlichung des EU-Energiebinnenmarktes, da nun ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Regulierungen im Gas- und Wasserstoffsektor entstehen wird. Dies ist für den Industriestandort Deutschland kein gutes Signal.

Der zweite Teil, die EU-Gasmarktverordnung, stand gestern Abend ebenfalls vor dem Abschluss. Leider haben sich die Mitgliedsstaaten hier kurz vor einem Abschluss quergestellt, sodass eine vollständige Einigung nicht möglich war. Hier erwarten wir jetzt umgehende Handlungsbereitschaft des Rates, insbesondere der Bundesregierung. Nur als Gesamtpaket „Gas und Wasserstoff“ können wir die Dekarbonisierung der Schwerindustrie meistern.“

Hintergrund:

Das Gasmärkte-Paket umfasst zwei eigenständige, aber miteinander verbundene Gesetzestexte:

1. die Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff, sowie
2. die Neufassung der Verordnung über die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie für Wasserstoff

Die Unterhändler des Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich am Abend auf den ersten Text, die Richtlinie, geeinigt.

Trilogieeinigung zum Strommarktdesign

In der Nacht auf den 14. Dezember haben sich die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedsstaaten auf eine Überarbeitung der Regeln des EU-Strommarktes geeinigt. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der EU-Energiebinnenmarkt sorgt insgesamt für Stabilität und Versorgungssicherheit, niedrigere Preise und ein wettbewerbles Umfeld, das mit Wachstum und Wohlstand

verbunden ist. Ich freue mich über die Einigung, die nun erzielt wurde, denn sie hilft der EU ganz entscheidend, unsere Ausbauziele für Erneuerbare Energien zu erreichen und unseren Bürgerinnen und Bürger besseren Zugang zu stabiler, preiswerter und sauberer Energie langfristig zu gewährleisten. Für uns als CDU/CSU war ein technologieneutraler und marktorientierter Ansatz unser Leitprinzip, welches wir in langen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten auch durchsetzen konnten. Gleichzeitig schützen wir Marktteilnehmer vor willkürlichen Eingriffen in den Markt, was Investitionen verschrecken würde und somit uns von unseren Ausbau- und Klimazielen entfernt.

In den letzten Wochen hat sich abgezeichnet, dass sich die Verhandlungen zwischen Parlament und Mitgliedsstaaten auf wenige Knackpunkte fokussieren. Frankreich wollte durch diese Strommarktreform sichergehen, dass sein maroder Staatskonzern EDF als Melkkuh für eine massive Umverteilung von Geldern an die Industrie genutzt werden kann. Hier war uns als CDU/CSU ganz wichtig, faktisch die Abkehr vom Gleichgewicht im EU-Binnenmarkt zu verhindern und keine Nachteile für deutsche Industrieabnehmer zu kreieren. Deshalb haben wir uns aktiv in die Verhandlungen zur Erhaltung des europäischen Binnenmarktes eingebracht. Wichtig in Krisenzeiten: Einnahmen aus zweiseitigen Differenzverträgen dürfen an alle Konsumenten weitergegeben werden, auch zu Investitionen ins Stromnetz oder zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiver Industrie."

EVP verhindert Überforderung der heimischen Industrie

Zur am 29. November erzielten Trilogieeinigung über die Industrieemissionsrichtlinie erklären

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich bin sehr froh, dass es uns zunächst im Plenum des Europäischen Parlaments und dann im Trilog gelungen ist, die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Pläne, die Auflagen für Industrie dramatisch zu verschärfen, wie sie Timmermans vorgelegt hat, wären in der jetzigen schwierigen Situation Gift für Wohlstand und Arbeitsplätze gewesen und für den Schutz der Umwelt waren sie nicht erforderlich, weil wir ein funktionierendes Instrument haben.

Die Idee, Rinder in die Richtlinie einzubeziehen, war von vornherein falsch, da aus Tierwohlgründen Rinder in offenen Ställen oder auf der Weide gehalten werden und dies mit Industrieanlagen überhaupt nicht verglichen werden kann. Das Ergebnis zeigt, dass wir Christdemokraten die Zeichen der Zeit erkannt haben und zugunsten von Industrie, Arbeitsplätzen und Landwirtschaft liefern können.“

Die Rinderhalter bleiben weiterhin außen vor, allerdings gab es im Bereich Schweine und Geflügel weitere Verschärfungen.

Dennis Radtke (CDU), sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die Einigung zur Industrieemissionsrichtlinie hat sicherlich Licht und Schatten. Aber sie zeigt auch: Die EU ist lernfähig. Einer weiteren Überforderung der heimischen Industrie, wie sie der ursprüngliche Kommissionsentwurf des damaligen sozialdemokratischen Vizepräsidenten Timmermans vorsah, haben nun alle drei Institutionen eine Absage erteilt. Die industriepolitische Wende ist da.

Dank der EVP, dank der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, wurden dem Vorschlag viele Giftzähne gezogen. Gegen den massiven Widerstand der Sozialdemokraten haben wir als letzte Interessenvertreter der Industriearbeitnehmer Flagge gezeigt. Die SPD

hingegen ist in diesem Bereich ein Totalausfall und kein Bündnispartner mehr für die Arbeitnehmer.“

Hintergrund:

Die Richtlinie über Industrieemissionen dient seit vielen Jahren der Kontrolle und Reduzierung von Schadstoffen aus Industrieanlagen. Die Kommission hatte im April 2022 eine Verschärfung der Vorschriften vorgeschlagen. Neben dem ungünstigen Zeitpunkt des Vorschlags in einer Krisensituation mit Inflation, hohen Energiepreisen und unsicheren Lieferketten wurde insbesondere kritisiert, dass der Vorschlag zu einer weiteren Bürokratisierung der Planungsverfahren geführt hätte. Die CDU-Europaabgeordneten Dennis Radtke, Jens Gieseke und Peter Liese hatten im weiteren Verfahren unter anderem darauf gedrängt, eine inhaltliche Neuerung einzuführen, die es der Industrie ermöglicht, Investitionen in den ökologischen Umbau umzulenken, ohne hohe Summen für bestehende Anlagen ausgeben zu müssen, die in naher Zukunft ohnehin abgeschaltet werden. Diese Neuerung wurde nun im Trilog bestätigt.

EU überarbeitet Versicherungsaufsichtsrecht

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und die Mitgliedsstaaten haben am Abend im Trilog eine politische Einigung über die Überarbeitung des Versicherungsaufsichtsrechts („Solvency II Review“) erzielt. Dazu erklärt **Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

„Solvency II ist der Goldstandard der internationalen Versicherungsregulierung, aber der europäische Rahmen ist auch außerordentlich konservativ ausgestaltet. Europäische Versicherer halten hunderte Milliarden Euro an Kapitalreserven jenseits der Mindestanforderungen. Mit der Überarbeitung von Solvency II setzen wir einen zweistelligen Milliardenbetrag frei, der in produktive Investitionen fließen kann. Davon profitieren in erster Linie die Versicherten.

Um den Green Deal und die Digitalisierung finanzieren zu können, braucht es Milliardenbeträge. Das sind Summen, die die öffentliche Hand schlichtweg nicht aufbringen kann. Wenn die Transformation unserer Wirtschaft ein Erfolg werden soll, braucht es privates Kapital. Aufgrund ihres langfristigen Zeithorizonts sind Versicherer die idealen Langfristfinanzierer. Mit der Überarbeitung von Solvency II versetzen wir Versicherer in die Lage, solche Langfristinvestitionen auch zu stemmen. Insbesondere langfristige Eigenkapitalinvestments werden für Versicherer künftig leichter und attraktiver. Europäische Versicherer befinden sich in einem knallharten internationalen Konkurrenzkampf mit Unternehmen aus Drittstaaten. Die Überarbeitung von Solvency II wird die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Versicherungsunternehmen massiv verbessern.

Bisher schert die Versicherungsaufsicht unabhängig vom Risiko alle Versicherungsunternehmen über einen Kamm. Das ist nicht sachgerecht. Die Intensität der Aufsicht muss sich am Risikoprofil des beaufsichtigten Unternehmens orientieren. Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen, keine ‚One size fits all‘-Aufsicht. Mit der Solvency II-Anpassung holen wir für kleine und risikoarme Versicherer nach, was sich im Bankensektor bereits bewährt hat.“

Hintergrund:

Die interinstitutionelle Einigung zum Versicherungsaufsichtsrecht vor, regulatorisches Kapital freizusetzen. Dadurch sollen Investitionen der Versicherungsunternehmen ermöglicht

werden. Darüber hinaus wird bei der Versicherungsaufsicht künftig stärker nach Risiko und Geschäftsmodell differenziert. Als Vorbild soll das Bankenaufsichtsrecht dienen, bei dem beispielsweise kleine Regionalbanken von einem weniger intensiven Aufsichtsregime profitieren. Durch einen besseren Informationsaustausch soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Versicherungsaufsichtsbehörden verbessert werden. Die heutige Einigung muss vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten noch abschließend bestätigt werden.

Mehr Transparenz zum Schutz vor Einflussnahme aus Drittstaaten

Zur heute vorgestellten Richtlinie für die Transparenz von Interessensvertretung aus Drittstaaten im Rahmen des "Defence of Democracy"-Pakets der EU-Kommission erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

"Es ist positiv, dass die Kommission mehr Transparenz für Einflussnahme aus Drittstaaten herstellen will. Ein Jahr nach dem Katargate-Skandal und der Aufdeckung der kriminellen Machenschaften um die vorgebliche Menschenrechtsorganisation "Fight Impunity" werden damit endlich Konsequenzen sichtbar. Wer finanziert welche Organisation? Welche Interessen stehen wirklich dahinter? Bei Wirtschaftsunternehmen ist einfach nachvollziehbar, welche Interessen dahinterstehen. Bei vorgeblichen Nichtregierungsorganisationen ist das bislang nur selten transparent. Dieser Vorschlag ist ein folgerichtiger Schritt. Das nächste Europaparlament muss aus diesem Vorschlag ein Gesetz machen."

Arbeiten an einheitlicheren Fahrgastrechten

Zum am 29. November vorgestellten Mobilitätspaket für Reisende erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

"Es ist grundsätzlich richtig, das Thema Fahrgastrechte anzupacken. Einschränkungen wie während der Corona-Pandemie oder auch die Thomas Cook-Pleite haben bestehende Defizite deutlich aufgezeigt. Europa darf die Verbraucher nicht alleine lassen. Das gilt für allem dann, wenn sich Buchungsportale und Verkehrsgesellschaften den Schwarzen Peter gegenseitig in die Schuhe schieben.

Die neuen Regeln müssen für Reisende und Anbieter klar verständlich sein. Eine einheitliche Erstattung bei Reisen mit verschiedenen Verkehrsträgern wäre auf jeden Fall zu begrüßen. Bisher gleichen die Vorgaben hier eher einem Flickenteppich. Gleichzeitig steht aber zu befürchten, dass die gut gemeinten Vorschläge nur schwer umsetzbar sein werden. Zu diesem Zeitpunkt in der Legislaturperiode ist es nicht mehr zu erwarten, dass die Vorschläge noch während dieses Mandats verabschiedet werden. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments sein, zügig vernünftige Regeln für Pauschalreisen und den Mobilitätsdatenraum zu entwickeln."

Mein Mittelfranken

CSU-Kandidaten zur Europawahl 2024 stehen

Eine Liste - Viele starke Kandidaten: Die CSU-Familie hat sich am 25. November in Nürnberg getroffen, um die Kandidaten für die Liste zur Europawahl 2024 zu bestätigen.

Ein Name ist seit Jahren in Europa bekannt und beliebt: Manfred Weber. Er tritt auch 2024 wieder zur Wahl an und ist unser Spitzenkandidat! Mit ihm haben wir einen starken und glaubwürdigen Mann in der EU, der Bayern verantwortungsvoll vertritt. Für Mittelfranken wird Konrad Körner auf Listenplatz 7 ins Rennen gehen. Er ist Stadtrat in Herzogenaurach, Kreisrat in Erlangen-Höchstadt und Vorsitzender der JU Mittelfranken. Ich wünsche Konrad alles Gute und hoffe, dass auch ab 2024 wieder eine Stimme aus Mittelfranken im EU-Parlament sitzt!

Unser Kandidat für die Landwirtschaft ist Stefan Köhler aus Unterfranken. Er steht - wie ich vor 5 Jahren - auf Platz 6. Des Weiteren steht auf der CSU-Liste unter anderem Angelika Niebler (2), Christian Dolechal (3), Monika Hohlmeier (4) und Markus Ferber (5).

Die Kandidatenliste steht fest, am 09. Juni 2024 heißt es dann: Ab an die Wahlurne. Für eine starke EU, für ein starkes Bayern!



mit Manfred Weber und Stefan Köhler



mit Joachim Herrmann, Konrad Körner

Europastammtisch der Jungen Union Nürnberg-Nord



„Mit Herz für die Heimat - mit Verantwortung in Brüssel“ - dieses Motto passte bei meinem Termin mit der Jungen Union Nürnberg-Nord zu 100 Prozent!

Ich habe mich am 30. November mit der JUlern aus Nürnberg-Nord getroffen, um über die Arbeit in Brüssel und Straßburg zu diskutieren, aber auch um mich über Grundsätzliches auszutauschen. Dabei wurde deutlich: Nur wer sich mit Politik beschäftigt und diese hinterfragt, weiß mehr und kann mehr. Meine Anerkennung allen anwesenden

JUlern. Danke für Eure Einladung zum Stammtisch unter dem Motto „Europa-Politik“!

Austausch mit Landwirtschaftsschülern in Roth

Am 1. Dezember habe ich mich mit der Zukunft getroffen - ich war für einen Austausch in der Landwirtschaftsschule Roth um mit den Landwirten aus dem 1. und 3. Semester zu diskutieren.

Es ging natürlich um meine Arbeit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Räume, aber auch um unzählige Hintergrundinformationen. Von den Schülern kamen hierzu auch Fragen, besonderes Interesse hab es rund um das Thema „Grüne Energie“ und ihre Zukunftsaussichten. Der Termin heute hat in mir Erinnerungen geweckt, denn auch ich habe schon diese Schule besucht. Lange her!



Landfrauentag in Kitzingen



Am Dienstag, den 5. Dezember wurde ich eingeladen, am Landfrauentag in Kitzingen zu sprechen. Und es war wie „heimkommen“!

Denn die Landfrauen ziehen sich wie ein roter Faden durch mein Leben. Als Orts-, Kreis-, Bezirks- und dann stellvertretende Landesbäuerin war ich in den letzten Jahrzehnten auf zahlreichen Landfrauentagen in ganz Bayern und auch in Baden/Württemberg unterwegs. Zuletzt zum 75. Jubiläum auf der Oidn Wiesn dieses Jahr in München

Ich glaube, ich habe bei den anwesenden Landfrauen jeden Alters den richtigen Ton getroffen. Meine zahlreichen praktischen Beispiele aus meinem Dorf verknüpft mit Europa-politik brachten viele zum Nachdenken aber auch zum Schmunzeln.

Umrahmt wurde die Veranstaltung mit einer einfühlsamen Andacht der Dekanin und dem Pfarrvikar, einer Begrüßung durch die Kreisbäuerin Anette vom Berg-Erbar, einer wunderbaren musikalischen Umrahmung und einem gigantischen Kuchenbuffet als Belohnung. Auch BBV-Präsident und der nächste CSU-Kandidat für unsere Landwirtschaft in Europa Stefan Köhler war vor Ort.

Landfrauen zu Besuch in Brüssel

Ende November haben mich die Landfrauen aus dem Nürnberger Land im Europäischen Parlament in Brüssel besucht. Wir haben die Zeit gemeinsam gut genutzt um zuzuhören aber auch um wichtige Fragen zu beantworten. Es war wunderbar so viele bekannte Gesichter und Freunde in einem Raum wiederzusehen. Landfrauenarbeit verbindet!



Glückwunsch zum 75ten Jubiläum der CSU Rückersdorf



Unsere Ortsverbände und ihre Mitglieder sind das Herzstück unserer Partei! Umso schöner ist es, wenn man sieht wie lange die meisten Verbände bestehen. So auch der Ortsverband der CSU Rückersdorf.

Am Samstag, 25. November feierten die Mitglieder, Ehrengäste und viele Interessierte sieben Jahrzehnte Politik, Gemeinschaft und Zusammenhalt im Blindeninstitut Rückersdorf. Gutes Essen, eine wunderbare Dekoration und eine passende Band gaben dem Jubiläumsabend einen ganz besonderen Rahmen. Besonders hervorheben möchte ich das große Engagement der Ortsvorsitzenden Inge Thron und ihr gesamtes Team! Sie halten den Ort lebendig und

schieben Lösungen an, wenn Lücken beispielsweise beim täglichen Einkaufen entstehen.

Ich wünsche den Mitgliedern des Ortsverbandes weiterhin alles Gute! Ein Team wie Euch, das viel bewegt, brauchen wir heutzutage!

Herzensangelegenheiten

Radeln für den guten Zweck

Mein Kollege Jens Gieseke ist mit dem Fahrrad von Brüssel nach Straßburg gefahren, um für jeden gefahrenen Kilometer Spenden für die Ukraine-Hilfe zu sammeln. Insgesamt waren das 420 Kilometer. Am Montag kam Jens Gieseke noch in Fahrradklamotten im Plenarsaal an. Auch ich möchte mit meiner Spende einen Beitrag leisten!
Jens Gieseke schreibt:

„Gestern habe ich nach vier anstrengenden Tagen auf dem Rad das Europäische Parlament in Straßburg erreicht. Die Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hat mich dort empfangen.

Nach meinem Start am Freitag ging es zunächst bei regnerischem Wetter bis Luxemburg. Am Sonntag fuhr ich die Saar hoch bis ins französische Saargemünd und am Montag ging es noch einmal bis nach Straßburg. Die bisherigen Spendenzusagen zeigen: Die Anstrengungen haben sich gelohnt, denn schon jetzt kann sich Helping Hands e.V. auf mehr als 29.000 € für die Ukraine-Hilfe freuen. Allen dafür ein großes Dankeschön.“

Sie können sich weiter an der Spendenaktion beteiligen: unter www.jens-gieseke.de/cycleforukraine finden sich weitere Informationen.

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Kleinere und mittlere Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unserer Ernährung! Doch die Folgen von Corona, Krieg und Konflikten machen ihnen weltweit zu schaffen.



Am 13. November, habe ich Vertreter von der europäischen Kommission, Verbänden und NGOs zu einer Konferenz eingeladen. Zusammen möchten wir kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Denn diese sind in vielen Weltregionen der Motor für wirtschaftlichen Aufschwung und Innovation. Und sie sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Ernährung, indem sie sichere, gesunde und hochwertige Lebensmittel für regionale Märkte produzieren. Und sie haben vor allem das Thema Lebensmittelverschwendung im Blick.

Es bedarf einer Stärkung lokaler Märkte, effizienterer Lieferketten und der Unterstützung von Frauen! Wir müssen die Entwicklung neuer Technologien erleichtern und Forschung fördern.

Das alles lässt sich nur gemeinsam erreichen. Für ein besseres globales Miteinander, resiliente Unternehmen und Ernährungssicherheit!

Internationaler Weltbodentag

Wasser und Brot - da denkt man an alles andere außer an eines: unsere Böden. Genau das leisten sie aber: sie speichern wertvolles Trinkwasser und sind die Grundlage für unsere Ernährung. Unsere Böden sind eine der wertvollsten Ressourcen, die wir haben.

Auf die Bedeutung des Bodens für Menschen, Tiere und Pflanzen soll der internationale Weltbodentag am 5. Dezember aufmerksam machen. Der Waldboden stand 2023 im Mittelpunkt. Besonders für die Arbeit unserer Landwirte sind gesunde Böden enorm wichtig. Deshalb sind sie wahre Bodenexperten. Wenn es um den Bodenschutz geht ist ihr großes Praxiswissen Gold wert. Das sollten wir nutzen!

Herzlichen Dank an alle Ehrenamtlichen!

Über 40 Prozent der Menschen in Bayern über 14 Jahren sind ehrenamtlich tätig. Wir haben also eine echte Ehrenamtskultur im Freistaat. Und das ist auch gut so, denn es ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Ohne das Ehrenamt wären zum Beispiel Sportvereine, Feuerwehren und das Technische Hilfswerk, die Jugendhilfe und Seniorenbetreuung oder der Tierschutz gar nicht möglich. Deshalb sollten wir uns am 05. Dezember, dem Internationalen Tag des Ehrenamts, bei allen herzlich bedanken, die sich in ihrer Freizeit für andere einsetzen! Macht weiter so und an alle anderen: macht mit!

Adventskalender der guten Taten

Jeden Tag eine gute Tat: Die Adventszeit hat am Wochenende begonnen und besonders jetzt haben viele Menschen das Bedürfnis etwas Gutes tun zu wollen. Doch was und wie? Der „Adventskalender der guten Taten“ der BayWa Stiftung ist eine Möglichkeit. Jeden Tag im Dezember wird ein Türchen geöffnet und ein soziales Projekt vorgestellt und Spenden gesammelt.

Gerne möchte ich die Aktion näher vorstellen. Denn auch Projekte aus Franken werden unterstützt:

- ◆ „Schwimmkurse in Nürnberg“: Für Kinder, die bereits Jugendhilfe erhalten, gibt es kostenfreie Schwimmkurse
- ◆ „Zahntag in Bamberg“: Junge Menschen mit multiplen Problemen bekommen Hilfe beim Einstieg ins Berufsleben
- ◆ „O’pflanzt is“: 100.000 Bäume in Bayern pflanzen und 15.000 Kindern Umweltbildung ermöglichen

Jeder gespendete Euro wird von der Stiftung verdoppelt. So kommt die Hilfe zu 200 Prozent bei den Projekten an

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Schweigen brechen: Jede dritte Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Sei es physisch oder psychisch. Gewalt hat viele Gesichter. Machen wir uns das ganz besonders anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November bewusst! Gemeinsam müssen wir hinschauen und helfen!

Abschied eines großen Staatsmannes und Franken

Henry Kissinger ist im stolzen Alter von 100 Jahren verstorben. Er war US-Außenminister in einer bewegten Zeit unter anderem spielte er eine bedeutende Rolle bei den Friedensbemühungen zwischen Israel und den arabischen Ländern vor 50 Jahren.

Er war aber nicht nur Staatsmann, sondern auch Franke, genauer Mittelfranke. Geboren in Fürth blieb er der Stadt immer eng verbunden. Ich habe ihn vor Jahren im Bundestag getroffen (Bild). Gleich entstand eine freundschaftliche Rivalität zwischen dem Kleeblatt-Anhänger und dem Club-Fan. Ein Großer hat die Bühne verlassen.

Miteinander ohne Vorurteile und Ausgrenzung

Am 01. Dezember war zum 35. Mal Welt-AIDS-Tag. Vor 40 Jahren wurde das HIV erstmal als Virus identifiziert. Nehmen wir diesen Tag zum Anlass, Solidarität zu zeigen und Bewusstsein für die Krankheit zu schaffen. Lasst uns gemeinsam für Aufklärung kämpfen, Vorurteile brechen und diejenigen unterstützen, die von dieser Herausforderung betroffen sind. Jeder Beitrag, sei es groß oder klein, macht einen Unterschied. Gemeinsam können wir eine weltweite Veränderung bewirken! Leider gehen in den Krisenherden dieser Welt - wie der Ukraine - die Zahlen wegen fehlender Medikamente wieder nach oben.



Internationaler Tag für Menschenrechte

Der Tag der Menschenrechte war am 10. Dezember. Gemeinsam können wir ein starkes Zeichen für Freiheit, Gleichheit und Würde für alle setzen. Menschenrechte sind unveräußerlich und gelten für alle Menschen gleichermaßen, weltweit. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass sie respektiert, geschützt und eingehalten werden. Jeder von uns kann einen Unterschied machen, indem wir uns für die Rechte anderer einsetzen und uns gegenüber unseren Mitmenschen solidarisch zeigen.

Lesenswert

EU-Kommunal

Meine Kollegen Daniel Caspary und Prof. Dr. Angelika Niebler informieren im monatlich erscheinenden [EU-Kommunal](#) sehr ausführlich über Aktuelles aus dem EU-Parlament. Lesen Sie rein!

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik sowie die [Sonderausgabe zur COP 28](#).

Gutachten zu verfassungswidrigen Kreditaufnahmen für den Wirtschaftsstabilisierungsfond Energiekrise (WSF-E) 2023

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021 hat Wirkungen weit über den Klima- und Transformationsfonds hinaus. Wie von mir bereits am Tag der Urteilsverkündung angemerkt, ist insbesondere auch der WSF von dem Urteil betroffen. In seinem [Gutachten](#) kommt Herr Prof. Dr. Kube genau zu diesem Ergebnis, nämlich dass die Kreditermächtigungen des WSF zum Jahresende 2022 verfallen sind. Daher war die Kreditaufnahme für den WSF in diesem Jahr mangels parlamentarischer Ermächtigungsgrundlage verfassungswidrig. Zugleich wurde durch diese Kreditaufnahme die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze der Schuldenbremse überschritten. Diesen Zustand versucht die Ampel nun mit dem Nachtragshaushalt 2023 zu heilen.

KAS-Monitor Wahl- und Sozialforschung: „Verzichten fürs Klima“

„In der Summe zeigen sich zwischen den Altersgruppen beim Thema Klima nur geringe Unterschiede. Dies gilt auch für radikalere Einstellungen im Kampf für den Klimaschutz, die insgesamt mehrheitlich abgelehnt werden (Hirndorf 2023a). Die hohe Bedeutung des Klimaschutzes in fast allen Gruppen bildet ein gutes Fundament, um gemeinsam die richtigen Lösungen zu finden.“

Die [interessante Umfrage](#) beleuchtet die Bedeutung von Klimaschutz und klimafreundlichem Verhalten in verschiedenen Alters- und Wählergruppen.

KAS-Länderbericht des Auslandsbüros Vereinigtes Königreich und Irland „Die Qual vor der Wahl“

Wie gehen die britischen Konservativen ins Wahljahr 2024? Welche Erwägungen stehen hinter der Ernennung David Camerons zum Außenminister? Welche Themenschwerpunkte wird Richi Sunak setzen? Um diese und weitere Fragen dreht sich der [Länderbericht des Auslandsbüros Vereinigtes Königreich und Irland der Konrad-Adenauer-Stiftung für Großbritannien: „Die Qual vor der Wahl“](#).

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Luisa Bernhardt, Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.